

Signatur:	2026.SR.0018
Geschäftstyp:	Interpellation
Erstunterzeichnende:	Chantal Perriard (FDP)
Mitunterzeichnende:	Tom Berger, Nik Eugster, Georg Häslar, Ursula Stöckli, Janosch Weyermann, Oliver Berger, Thomas Hofstetter, Fabian Rüfenacht, Maurice Lindgren, Irina Straubhaar, Natalie Bertsch, Seraina Flury, Simon Gyger, Thomas Glauser, Alexander Feuz, Bernhard Hess
Einrechiedatum:	29. Januar 2026

Interpellation: Umgang mit Ausschreitungen im Zusammenhang mit Kundgebungen – sind die bestehenden Instrumente ausreichend?

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt der Gemeinderat die Entwicklung der Sicherheitslage bei Kundgebungen in der Stadt Bern in den letzten Jahren?
2. Welche rechtlichen und operativen Instrumente stehen der Polizei heute zur Verfügung, um Personen, die sich an Ausschreitungen beteiligen oder polizeilichen Anordnungen nicht Folge leisten, aus einer aufgelösten Kundgebung zu entfernen?
3. Wo sieht der Gemeinderat Schwierigkeiten beim gezielten Vorgehen gegen Störer im Rahmen von Demonstrationen?
4. Welche Lehren wurden aus den Ausschreitungen im Herbst 2025 gezogen, insbesondere in Bezug auf das Wiederzusammenfinden von Gruppen nach einer polizeilichen Auflösung?
5. Sieht der Gemeinderat Anpassungsbedarf beim Kundgebungsreglement oder bei den Einsatzkonzepten der Polizei? Falls nein, weshalb nicht?

Begründung

In der Stadt Bern kommt es im Zusammenhang mit bewilligten und unbewilligten Kundgebungen immer wieder zu Ausschreitungen, Sachbeschädigungen und Angriffen auf Einsatzkräfte. Solche Vorfälle beeinträchtigen nicht nur die Sicherheit von Anwohnenden, Passantinnen und Passanten sowie des Gewerbes, sondern gefährden auch die Durchführung friedlicher Demonstrationen und damit die Ausübung der Versammlungsfreiheit.

Die Ausschreitungen im Herbst 2025 haben erneut gezeigt, dass sich gewalttätige Personen gezielt in Demonstrationen einmischen und sich nach polizeilichen Auflösungen teilweise neu formieren. Dies erschwert die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, beeinträchtigt die Innenstadt und den öffentlichen Verkehr und belastet damit auch die angrenzenden Quartiere erheblich.

Am 13. Juni 2010 lehnte die städtische Stimmbevölkerung die Initiative «Keine gewalttätigen Demonstrationen!» knapp mit 50,74 °A Nein-Stimmen ab, womit eine Verschärfung des städtischen Kundgebungsreglements verworfen wurde. Seither haben sich jedoch sowohl die Dynamik von Demonstrationen als auch die eingesetzten Mittel und Taktiken gewaltbereiter Gruppen verändert.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die heutigen rechtlichen Grundlagen und Einsatzkonzepte weiterhin ausreichend sind, um Ausschreitungen wirksam zu verhindern und Störer gezielt von friedlichen Demonstrierenden zu trennen.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.